

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**3. Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den
"Kurbetrieb Travemünde (KBT)"**

Sitzungstermin:	Montag, 12.11.2018
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Ulrich Krause- CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bernhard Simon- CDU	
Birte Duggen- SPD	abwesend zu TOP 6
Dr. Axel Flasbarth- SPD	
Anka Grädner- Bü90/DIEGRÜNEN	
Peter Reinhardt- SPD	
Heike Wiechmann- Die Unabhängigen	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Rüdiger Longuet- CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Eymer
Dr. Klaus Peter Krause- AfD	
Carsten Bornhöft- Bü90/DIEGRÜNEN	Vertretung für: Herrn Schaaafberg
Christoph Evers- SPD	
Lars Küther- Bündnis90/DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Hoge
Hans-Jürgen Martens- Die Linke	Vertretung für: Herrn Ising
Kim Carolin Nehrhoff- FDP	
Ingo Voht- FREIE WÄHLER & GAL	Vertretung für: Herrn Klix

Verwaltung	
Katharina Belchhaus- 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Dennis Bössow- 1.201 Haushalt und Steuerung	bis einschl. TOP 5.6.
Piroska Csösz- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Conja Grau- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Uwe Kirchhoff- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Marina Köhn- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Ralf Kuschmierz- 2.020 Fachbereichscontrolling	
Senator Sven Schindler- FB 2 Wirtschaft und Soziales	
Christian Stolte- 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Protokollführung	
Heike Blankenburg- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Gäste	
Dario Arndt- Wirtschaftsförderung LÜBECK GmbH	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Dirk Gerdes- Wirtschaftsförderung LÜBECK GmbH	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Olivia Kempke- Lübeck Management e.V.	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Beiratsmitglieder	
Christian Bauersachs- Seniorenbeirat	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-7)

Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Burkhardt Eymer- CDU	abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Nele Hoge- Bü90/DIEGRÜNEN	abwesend
Sebastian Kai Ising- Die Linke	abwesend
Harald Klix- FREIE WÄHLER & GAL	abwesend
Claus Schaafberg- Bü90/DIEGRÜNEN	abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
1.1.	Verpflichtung von nicht der Bürgerschaft angehörenden Ausschussmitgliedern
1.2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.3.	Anträge und Beschlüsse zur Tagesordnung
2.	Niederschrift Nr. 2 vom 10.09.2018 - öffentlicher Teil
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Einzelhandelsentwicklung
3.2.	Mitteilungen der Verwaltung
3.3.	WiA & KBT-A - Sitzungstermine 2019
3.4.	Anfrage von AM Heike Wiechmann: Zweite Zufahrt nach Travemünde Vorlage: VO/2018/06394
3.5.	AM Schaffenberg (SPD): Bootshaus Drägerpark Vorlage: VO/2018/06490
3.6.	Anfrage der Ausschussmitglieder Anka Grädner und Nele Hoge (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) bzgl.: sog. Unkrautsbekämpfung auf der Wallhalbinsel Vorlage: VO/2018/06619
3.7.	Anfrage des AM Kim Nehrhoff FDP zu Wochenmärkten Vorlage: VO/2018/06682
3.8.	Neue Anfragen
3.8.1.	Anfrage AM Sebastian Kai Ising – Entwicklung von Nahversorgern in Stadtteilen Vorlage: VO/2018/06697
4.	Berichte
4.1.	Fortschreibung Einzelhandelsmonitoring für die Lübecker Innenstadt - Einzelhandelsentwicklung zwischen 2009 bis 2018 (5.610) Vorlage: VO/2018/06508
4.2.	Bericht der Wirtschaftsförderung Lübeck zum Thema Standortmarketing 2018 und Maßnahmenübersicht

5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Festlegung des Vermarktungskonzepts Teilbereich II für den Geschosswohnungsbau im Neubaugebiet B-Plan - 07.44.00 - Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier Vorlage: VO/2018/06550
5.2.	Entgeltordnung für den Wohnmobilparkplatz des Kurbetriebs Travemünde Vorlage: VO/2018/06614
5.3.	Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: VO/2018/06418
5.4.	Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2017 Vorlage: VO/2018/06309
5.5.	Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2018/06629
5.6.	Haushalt 2019 Vorlage: VO/2018/06466
5.7.	Palais Rantzau Vorlage: VO/2018/06627
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	Kurswechsel in der Wohnungspolitik Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018 Interfraktioneller Antrag BÜ90/Die Grünen & Die Linke - VO/2018/06504 (AT zu VO/2018/06477) Vorlage: VO/2018/06566
6.2.	Kurswechsel in der Wohnungspolitik Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018 Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler & GAL - VO/2018/06513 Vorlage: VO/2018/06567
6.3.	Kurswechsel in der Wohnungspolitik Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018 Änderungsantrag der Fraktion Die Unabhängigen - VO/2018/06527 Vorlage: VO/2018/06568
6.4.	Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27.09.2018 - TOP 5.15 Antrag der CDU-Fraktion - VO/2017/06511: Klare Regelung für den Grünstrand Vorlage: VO/2018/06664

7.	Verschiedenes
12.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und Ausschusses für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“, den Seniorenbeirat, die Öffentlichkeit, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die sonstigen anwesenden Gäste.

zu 1.1 Verpflichtung von nicht der Bürgerschaft angehörenden Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende bittet die Anwesenden aufzustehen und nimmt die Verpflichtung des Ausschussmitgliedes Dr. Klaus Peter Krause und der stellvertretenden Ausschussmitglieder Lars Küther und Ingo Voth vor.

„Ich verpflichte Sie gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie in Ihr Amt ein.“

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest. Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

zu 1.3 Anträge und Beschlüsse zur Tagesordnung

Es werden folgende Änderungsanträge zur Tagesordnung gestellt:

a) Gemeinsame Behandlung der TOP

6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

6.1. Kurswechsel in der Wohnungspolitik

Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018

Interfraktioneller Antrag BÜ90/Die Grünen & Die Linke - VO/2018/06504

VO/2018/06566

6.2. Kurswechsel in der Wohnungspolitik

Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018

Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler & GAL - VO/2018/06513

VO/2018/06567

6.3. Kurswechsel in der Wohnungspolitik

Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Unabhängigen - VO/2018/06527

VO/2018/06568

b) Vertagung des TOP

3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen

3.4. Anfrage von AM Heike Wiechmann:

Zweite Zufahrt nach Travemünde

VO/2018/06394

bis zur Vorlage des Verkehrskonzeptes Travemünde.

c) Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um den TOP

4. Berichte

4.2. „Bericht der Wirtschaftsförderung Lübeck zum Thema

Standortmarketing 2018 und Maßnahmenübersicht“

mündlich durch Wirtschaftsförderung LÜBECK GmbH

d) Behandlung des TOP

10. Beschlussvorlagen

10.1. Palais Rantzau

VO/2018/06627

im öffentlichen Teil unter TOP

5. Beschlussvorlagen

5.7. Palais Rantzau

VO/2018/06627

e) Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über das Verfahren zu den Tagesordnungspunkten, die für den nicht öffentlichen Teil vorgesehen sind.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt einstimmig,
(15 Ja-Stimmen)*

*die TOP 6.1., 6.2. und 6.3.
gemeinsam zu behandeln,*

*den TOP 3.4. bis zur Vorlage
des Verkehrskonzeptes Travemünde
zurückzustellen,*

*die Tagesordnung
im Wege der Dringlichkeit
um TOP 4.2. zu erweitern,*

*und den TOP 10.1. im
öffentlichen Teil zu behandeln.*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte
8. bis 11. im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.
(15 Ja-Stimmen)*

zu 2 Niederschrift Nr. 2 vom 10.09.2018 - öffentlicher Teil

Gegen die Niederschrift sind schriftlich keine Einwendungen eingegangen, mündlich werden keine erhoben.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt die Niederschrift in der vorgelegten
Fassung zur Kenntnis.*

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Einzelhandelsentwicklung

Es liegt nichts vor.

zu 3.2 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegt nichts vor.

zu 3.3 WiA & KBT-A - Sitzungstermine 2019

Es gibt keine Wortmeldungen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
nimmt die Übersicht der Sitzungstermine 2019
zur Kenntnis.*

**zu 3.4 Anfrage von AM Heike Wiechmann: Zweite Zufahrt nach Travemünde
Vorlage: VO/2018/06394**

*Die Anfrage wurde bei Eintritt in die Tagesordnung
bis zum Vorliegen des Verkehrskonzeptes Travemünde vertagt.*

**zu 3.5 AM Schaffenberg (SPD): Bootshaus Drägerpark
Vorlage: VO/2018/06490**

Frau Duggen teilt mit, dass die Anfrage zuständigkeitshalber im Bauausschuss behandelt werden soll.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

**zu 3.6 Anfrage der Ausschussmitglieder Anka Grädner und Nele Hoge (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) bzgl.: sog. Unkrautbekämpfung auf der Wallhalbinsel
Vorlage: VO/2018/06619**

Herr Senator Schindler teilt mit, dass ihm derzeit nur unvollständige Informationen zum Thema vorliegen und bittet um Vertagung auf die nächste Sitzung. Frau Grädner bittet um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt einstimmig, die Anfrage auf die
nächste Sitzung zu vertagen.*

**zu 3.7 Anfrage des AM Kim Nehrhoff FDP zu Wochenmärkten
Vorlage: VO/2018/06682**

Herr Senator Schindler kündigt einen schriftlichen Bericht zu diesem Thema an. Dieser sollte dem Ausschuss in seiner Januar-Sitzung 2019 vorliegen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 3.8 Neue Anfragen

**zu 3.8.1 Anfrage AM Sebastian Kai Ising - Entwicklung von Nahversorgern in Stadtteilen
Vorlage: VO/2018/06697**

Herr Dr. Flasbarth weist darauf hin, dass die Bauverwaltung für die Thematik zuständig ist, wünscht jedoch eine Diskussion im Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)". Herr Stolte verweist auf das Nahversorgungskonzept, welches auch eine Übersicht der Standorte enthält. Er weist weiter darauf hin, dass die Verwaltung nicht in die wirtschaftliche Betätigung der Unternehmen eingreifen kann. Eine Frage von Frau Grädner zum Nahversorgungskonzept wird von Herrn Stolte beantwortet. An einer weiteren Diskussion zum Thema beteiligen sich die Herren Martens, Cladow, Stolte und Reinhardt. Frau Grädner möchte wissen, welche Maßnahmen zur Steuerung der wirtschaftlichen Tätigkeit möglich sind. Hierzu spricht Herr Krause. Herr Senator Schindler weist darauf hin, dass eine Steuerung der wirtschaftlichen Betätigung lediglich über das Baurecht erfolgen kann. Hierzu spricht Herr Dr. Krause. Herr Küther führt als weiteres Problem für die Einzelhandelbetriebe den Internethandel an. Herr Martens bittet darum, dass der Bereich Stadtplanung und Bauordnung eine schriftliche Antwort auf die Anfrage vorlegen möge.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Fortschreibung Einzelhandelsmonitoring für die Lübecker Innenstadt - Einzelhandelsentwicklung zwischen 2009 bis 2018 (5.610)
Vorlage: VO/2018/06508**

Frau Belchhaus stellt dem Ausschuss die Fortschreibung des Einzelhandelsmonitoring für die Lübecker Innenstadt/Einzelhandelsentwicklung zwischen 2009 und 2018 anhand einer Präsentation (Anlage I) vor.

Frau Wiechmann fragt nach den Gründen für die stetige Erhöhung der Verkaufsflächen außerhalb der Innenstadt. Hierzu sprechen Herr Krause, Herr Martens und Herr Küther. Herr Dr. Flasbarth verweist auf ein Gutachten der Wirtschaftsförderung zur Entwicklung der Mieten und bittet darum, diese Zahlen mit denen des Bereichs Stadtplanung zusammenzuführen. Herr Arndt spricht zu den von der Wirtschaftsförderung ermittelten Zahlen. Herr Simon verweist auf eine Veränderung des Verbraucherverhaltens hinsichtlich des zunehmenden Onlinehandels. Auch muss die Erreichbarkeit der Innenstadt kritisch betrachtet werden. Weiterhin spricht Herr Dr. Flasbarth. Eine Frage zur Definition des zentrumsnahen Sortiments beantwortet Frau Belchhaus. Weiterhin sprechen Frau Wiechmann, Frau Grädner und Herr Krause. Herr Simon macht deutlich, dass der Innenstadthandel für ihn einen hohen Stellenwert hat, dieser sich jedoch auch dem Wettbewerb stellen muss. Herr Reinhard fragt nach Flächenangaben zu Filialisten außerhalb der Innenstadt und der großen Einkaufszentren, z. B. Kik, Takko etc. und regt an, diese bei zukünftigen Aufstellungen zu berücksichtigen.

Herr Krause schlägt vor, die Thematik in den Fraktionen weiter zu diskutieren. Frau Kemke weist abschließend darauf hin, dass die Mieten für Geschäftsräume in der Innenstadt in der letzten Zeit deutlich gesunken sind und deshalb nicht allein für die Leerstände verantwortlich zu machen sind. Wichtig ist aus ihrer Sicht auch eine gesunde Gemengelage von kleinen individuellen Läden und Filialisten. Es sollte eine zentrale Datenerhebung von Stadtplanung und Wirtschaftsförderung angestrebt werden.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

zu 4.2 Bericht der Wirtschaftsförderung Lübeck zum Thema Standortmarketing 2018 und Maßnahmenübersicht

Herr Arndt berichtet anhand einer Präsentation zum Thema Standortmarketing 2018 und Maßnahmenübersicht (Anlage II).

Eine Frage von Frau Grädner zur nachhaltigen Ansiedlung von Firmen beantwortet Herr Arndt.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.*

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Festlegung des Vermarktungskonzepts Teilbereich II für den Geschosswohnungsbau im Neubaugebiet B-Plan - 07.44.00 - Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier Vorlage: VO/2018/06550
---------------	--

Herr Dr. Flasbarth fragt nach den Vergabekriterien. Frau Csösz gibt hierzu Erläuterungen. Die Kriterien werden von KWL und Verwaltung festgelegt. Eine Frage von Frau Grädner zum Benennungs- und Besetzungsrecht wird von Frau Csösz beantwortet.

Frau Wiechmann kritisiert die Unterteilung in nur 3 Lose und vertritt die Auffassung, dass zumindest ein Los weiter unterteilt werden sollte, um auch für kleinere Interessentengruppen geeignet zu sein. Herr Senator Schindler und Herr Gerdes geben hierzu Erläuterungen. Weil zu 100 % Mietwohnungen entstehen sollen, sind die Flächen nur für große Wohnungsunternehmen geeignet. Auch die weitere Unterteilung eines Loses wäre für eine private Interessengruppe noch viel zu groß.

Beschlussvorschlag:

Für das Neubaugebiet in Lübeck, Am Ährenfeld / Johannes-Kepler-Quartier wird das als Anlage 1 beigefügte Vermarktungskonzept Teilbereich II der KWL GmbH zur Vergabe der im Bebauungsplan 07.44.00 ausgewiesenen Grundstücke des Geschosswohnungsbaus festgelegt.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(13 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)*

zu 5.2	Entgeltordnung für den Wohnmobilparkplatz des Kurbetriebs Travemünde Vorlage: VO/2018/06614
---------------	--

Eine Frage von Frau Duggen nach dem ihrer Meinung nach sehr günstigen Entgelt wird von Herrn Kirchhoff beantwortet. Der Entgeltfestsetzung muss eine Kostenkalkulation zu Grunde liegen. Diese wird aus Anlass der Schaffung eines weiteren Wohnmobilparkplatzes am Kowitzberg im Jahr 2019 aktualisiert und das Entgelt dann entsprechend angepasst.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage I beigefügte 3. Änderung der Entgeltordnung für den Wohnmobilparkplatz des Kurbetriebs Travemünde wird beschlossen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltungen)*

zu 5.3 Haushaltspläne der Stiftungen HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: VO/2018/06418

Frau Wiechmann stellt die Frage, ob eine Übergabe der Stiftungsverwaltung an Dritte für die Hansestadt Lübeck wirtschaftlich wäre. Herr Senator Schindler spricht zur Finanzlage der Stiftungen. Diese gestaltet sich aufgrund der derzeitigen Zinslage schwierig. Fragen von Herrn Bornhöft und Frau Grädner werden von Herrn Senator Schindler beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das **Haushaltsjahr 2019** wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.037.100	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.170.100	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	133.000	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.022.600	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	779.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	9.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	29.500	EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	1	Stelle

2. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	257.700	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	352.200	EUR
	einen Jahresüberschuss von	0	EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	94.500	EUR

2.	<i>im Finanzplan mit</i>		
	<i>einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	257.600	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	352.100	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf</i>	100	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf</i>	5.800	EUR

II.

1.	<i>der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</i>	0	EUR
2.	<i>der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf</i>	0	EUR
3.	<i>der Höchstbetrag der Kassenkredite auf</i>	0	EUR
4.	<i>die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf</i>	1	Stelle

3. für die Westerauer Stiftung

I.

1.	<i>im Ergebnisplan mit</i>		
	<i>einem Gesamtbetrag der Erträge auf</i>	13.500	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf</i>	14.800	EUR
	<i>einen Jahresüberschuss von</i>	0	EUR
	<i>einen Jahresfehlbetrag von</i>	1.300	EUR
2.	<i>im Finanzplan mit</i>		
	<i>einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	13.500	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	14.800	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf</i>	0	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf</i>	0	EUR

II.

1.	<i>der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</i>	0	EUR
2.	<i>der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf</i>	0	EUR
3.	<i>der Höchstbetrag der Kassenkredite auf</i>	0	EUR

4. für die Stiftung Kriegsoferdank

I.

1.	<i>im Ergebnisplan mit</i>		
	<i>einem Gesamtbetrag der Erträge auf</i>	567.200	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf</i>	574.000	EUR
	<i>einen Jahresüberschuss von</i>	0	EUR
	<i>einen Jahresfehlbetrag von</i>	6.800	EUR
2.	<i>im Finanzplan mit</i>		
	<i>einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	566.700	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	482.800	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf</i>	300	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf</i>	158.000	EUR

II.

1.	<i>der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</i>	0	EUR
2.	<i>der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf</i>	0	EUR
3.	<i>der Höchstbetrag der Kassenkredite auf</i>	0	EUR

5. für die Stiftung Lübecker Wohnstifte

I.

1.	<i>im Ergebnisplan mit</i>		
	<i>einem Gesamtbetrag der Erträge auf</i>	285.200	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf</i>	653.000	EUR
	<i>einen Jahresüberschuss von</i>	0	EUR
	<i>einen Jahresfehlbetrag von</i>	367.800	EUR
2.	<i>im Finanzplan mit</i>		
	<i>einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	285.200	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	542.300	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf</i>	24.800	EUR
	<i>einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf</i>	524.600	EUR

II.

- | | | |
|---|---|-----|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

6. für die Stiftung Vereinigte Testamente

I.

- | | | |
|--|-----------|-----|
| 1. im Ergebnisplan mit | | |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 1.853.200 | EUR |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 2.067.100 | EUR |
| einen Jahresüberschuss von | 0 | EUR |
| einen Jahresfehlbetrag von | 213.900 | EUR |
| 2. im Finanzplan mit | | |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.853.200 | EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.726.800 | EUR |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 842.000 | EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 1.289.600 | EUR |

II.

- | | | |
|---|---|-----|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 | EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 | EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 | EUR |

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(13 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

**zu 5.4 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: VO/2018/06309**

Herr Kirchhoff gibt Erläuterungen zur Vorlage. Fragen von Herrn Küther und Herrn Dr. Flasbarth werden von Herrn Kirchhoff und Frau Köhn beantwortet.

Frau Wiechmann teilt mit, dass ihr in der Vorlage einige ihrer Ansicht nach fehlerhafte Angaben aufgefallen sind. Sie wird diese dem KBT schriftlich zur Prüfung aufgeben, so dass im morgigen Hauptausschuss eine Erläuterung bzw. Richtigstellung durch den KBT erfolgen kann. Die Vorlage sollte daher ohne Votum weitergeleitet werden. Die Erläuterungen des KBT werden dem Protokoll beigelegt (Anlage III).

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss des Kurbetriebes Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2017 wird gemäß Anlage festgestellt :

Es betragen	
die Bilanzsumme	12.507.638,26 €
die Erträge	2.787.751,29 €
die Aufwendungen	3.986.877,60 €
der Jahresverlust	-1.199.126,31 €
Verrechnung mit Vortrag aus 2011	1.199.126,31 €
Verlustausgleich der Hansestadt Lübeck	0,00 €

2. Der ausgewiesene Jahresverlust in Höhe von 1.199.126,31 € wird mit dem finanziellen Vortrag aus dem Jahr 2011 verrechnet.
3. Eine Grundstücksfläche mit einem Gesamtbuchwert in Höhe von 2.453,00 € wird aus dem Anlagevermögen entnommen.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" beschließt einstimmig, die Vorlage ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.
(15 Ja-Stimmen)

zu 5.5 Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde Vorlage: VO/2018/06629

Herr Kirchhoff erläutert die Entwicklung der Kurabgabe anhand einer Präsentation (Anlage IV). Fragen von Herrn Dr. Flasbarth und Frau Grädner zur Kurabgabe werden von Herrn Kirchhoff beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2019 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan

die Erträge	Euro	2.977.000
die Aufwendungen	Euro	4.077.000
die Verlustzuweisung	Euro	1.100.000

1.2 Im Vermögensplan

die Einzahlungen	Euro	2.565.000
die Auszahlungen	Euro	2.565.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionsförderungsmaßnahme auf	Euro	0
2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	Euro	0
2.3 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	Euro	740.000

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(2 Enthaltungen)

zu 5.6 Haushalt 2019 Vorlage: VO/2018/06466
--

Herr Reinhardt fragt nach der Nachmeldeliste mit Bezug auf die für die Wirtschaftsförderung erforderliche Aufstockung des Zuschusses zur Umsetzung des soeben vorgestellten Masterplans. Herr Bössow teilt mit, die Aufstockung sei als Nachmeldung vorgesehen. Die konkrete Nachmeldeliste befinde sich aktuell jedoch noch in der verwaltungsinternen Abstimmung und werde zum Hauptausschuss vor der Bürgerschaft bereitgestellt. Herr Dr. Flasbarth stellt eine Frage zur Größenordnung der Nachmeldeliste. Herr Bössow kann hierzu noch keine genauen Angaben machen, teilt jedoch mit, dass der investive Teil voraussichtlich unter 1 Mio. €, der konsumtive Teil unter 5 Mio. € liegen werde. Weiterhin sprechen Frau Grädner und Herr Krause.

Beschlussvorschlag:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan Anlage 1
inkl. der investiven Ein- und Auszahlungen und Finanzierungstätigkeiten Anlage 2
einschl. Nachmeldungen Anlage 3
wird beschlossen.
2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den **Maßnahmenlisten** der Fachbereiche Anlage 4
korrespondierend mit den **Budgetübersichten** Anlage 5
werden zur Kenntnis genommen.
Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2019 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
3. Ergänzend werden die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein zu schließenden Konsolidierungsvertrag Anlage 6
beschlossen.
4. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	843.240.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	851.121.400	EUR
	einen Jahresüberschuss von		
	einen Jahresfehlbetrag von	7.881.000	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	818.233.900	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	819.552.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	120.360.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	169.881.200	EUR

festgesetzt.

(Stand: 19.11.2018)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	66.272.800	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	67.550.000	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	390.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.562,94	

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2019 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

4. Stellenplan

Der Stellenplan 2018 (3.398,81 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2019 um die sich aus der Anlage 5 ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019** festgesetzt: **3562,94 Planstellen.**

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(4 Enthaltungen)*

zu 5.7 Palais Rantzau Vorlage: VO/2018/06627
--

Fragen von Herrn Bornhöft und Frau Grädner zur vorzeitigen Aufhebung des Mietvertrages beantwortet Frau Csösz. Eigentümerin des Gebäudes ist die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Die Hansestadt Lübeck ist lediglich Mieterin und hat das Gebäude an die Stiftung Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) untervermietet. Für eine etwaige städtische Nutzung (z. B. für Büroräume) ist das Gebäude baulich nicht geeignet. Weiterhin sprechen Herr Krause und Frau Grädner. Herr Senator Schindler ergänzt, dass die Eigentümerin des Gebäudes die weitere Nutzung der Räume für Zwecke des SHMF ausdrücklich wünscht. Weiterhin sprechen Herr Reinhardt und Frau Wiechmann.

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, den bis 30.04.2020 bestehenden Mietvertrag für das Palais Rantzau vorzeitig aufzuheben.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(15 Ja-Stimmen)*

zu 6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 6.1	Kurswechsel in der Wohnungspolitik Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018 Interfraktioneller Antrag BÜ90/Die Grünen & Die Linke - VO/2018/06504 (AT zu VO/2018/06477) Vorlage: VO/2018/06566
---------------	--

Es gibt keine Wortmeldungen.

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen,

- 1) *Alle Neuplanungen von Wohngebieten werden in den kommenden drei Jahren im Rahmen von B-Plänen ausschließlich mit Geschosswohnungsbau realisiert. Dabei sollen Gebiete, die mehr Geschosswohnungsbau vorsehen vom Bürgermeister mit Priorität umgesetzt werden.*

Die sich bereits in Planung befindlichen Projekte der KWL am Bornkamp / Schärenweg (09.13.00) sowie am Waldsaum (06.12.00) sollen in 100% geförderten Geschosswohnungsbau umgeplant werden.

Über die Fortschritte der Umplanung und Bebauung ist der Bürgerschaft regelmäßig zu berichten.

- 2) *Die Quote für Sozialwohnungen von 30% wird strikter angewendet und auf alle Wohneinheiten in einem Baugebiet bezogen. Es werden keine Bauvorhaben von privaten Investoren auf von der Stadt verkauften Grundstücken bewilligt, wenn sie im Bebauungsplan nicht 30% Wohnungen für sozialen Wohnungsbau vorsehen.*
- 3) *Lehrstehende Wohnungen, die aus der Sozialbindung gefallen sind, sollen über vertragliche Absprachen mit den Eigentümer*innen innerhalb der kommenden drei Jahre wieder in die Sozialbindung zurückgeholt werden.*
- 4) *Der Bürgermeister setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass die Bindungsfristen für Sozialwohnungen verlängert werden können.*
- 5) *Darüber hinaus wird der Bürgermeister beauftragt zu prüfen, ob und wie in der Stadt Lübeck auf geplanten bzw. bereits gewerblich genutzten Handelsimmobilien zusätzlich Wohnraum geschaffen werden kann. Erfahrungen mit entsprechenden Vorhaben in anderen Städten sind hierbei zu berücksichtigen. Dazu soll das Gespräch mit den Betreibern gesucht werden, um gemeinsame Lösungen und Unterstützungsmöglichkeiten zu klären. Zusätzlich dazu wird der Bürgermeister beauftragt zu prüfen, inwieweit einfache und schnelle Methoden zur Wohnraumschaffung auf Zeit nutzbar gemacht werden können. Das Pommernzentrum sowie das Eltern-Kind-Zentrum Lübeck können hierfür als Beispiele dienen.*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt dem Bauausschuss mehrheitlich,
der Bürgerschaft zu empfehlen,
den Antrag abzulehnen.
(5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)*

zu 6.2 Kurswechsel in der Wohnungspolitik
Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018
Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler & GAL - VO/2018/06513
Vorlage: VO/2018/06567

Es gibt keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag:

Der Punkt 2 des Antrages wird wie folgt geändert (Änderungen unterstrichen):

2. 2. Die Quote für Sozialwohnungen von 30 Prozent wird strikter angewendet und auf die Bruttogeschossfläche in einem Baugebiet bezogen. Es werden keine Bauvorhaben von privaten Investoren auf von der Stadt verkauften Grundstücken bewilligt, wenn sie im Bebauungsplan nicht mindestens 30 Prozent Wohnungen für sozialen Wohnungsbau vorsehen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt dem Bauausschuss mehrheitlich,
der Bürgerschaft zu empfehlen,
den Antrag abzulehnen.
(3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 4 Enthaltung)*

zu 6.3 Kurswechsel in der Wohnungspolitik
Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27. September 2018
Änderungsantrag der Fraktion Die Unabhängigen - VO/2018/06527
Vorlage: VO/2018/06568

Es gibt keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag:

Punkt 1 der Vorlage VO/2018/06504 wird gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

- 1) *Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in neu zu entwickelnden Wohngebieten ist sicherzustellen, dass neben der Sozialbauquote weitere 30% für Geschosswohnungsbau für preisgünstige Mietwohnungen (8,-€/qm) vorgesehen werden. Dabei sollen Gebiete, die diesem Anspruch genügen, vom Bürgermeister mit Priorität umgesetzt werden.*

Die sich bereits in Planung befindlichen Projekte der KWL am Bornkamp/Schärenweg (09.13.00) sowie am Waldsaum (06.12.00) sollen in 100% geförderten Geschosswohnungsbau umgeplant werden.

Über die Fortschritte der Umplanung und Bebauung ist der Bürgerschaft regelmäßig zu berichten.

Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Bauausschuss im Januar 2019 zu berichten, welche städtischen Bauflächen von der Stadt selbst durch ihre Grundstücksgesellschaft Trave innerhalb der nächsten drei Jahre erschlossen werden könnten und welche Grundstücke in geplanten Wohngebieten für Bauvorhaben der Trave in Betracht kämen. Darüber hinaus ist zu berichten, welche städtischen Bauflächen durch die KWL innerhalb der nächsten drei Jahre erschlossen werden könnten, um vollerschlossene Baugrundstücke an private Bauherren, Bauträger oder Investoren veräußern zu können.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt dem Bauausschuss mehrheitlich,
der Bürgerschaft zu empfehlen,
den Antrag abzulehnen.
(1 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 5 Enthaltung)*

zu 6.4 Überweisung aus der Bürgerschaft vom 27.09.2018 - TOP 5.15
Antrag der CDU-Fraktion - VO/2017/06511:
Klare Regelung für den Grünstrand
Vorlage: VO/2018/06664

Herr Senator Schindler schlägt die Vertagung bis zum Vorliegen einer Empfehlung des FB 2 im Januar 2019 vor.

Antrag:

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert den Bürgermeister auf, bis zum November des laufenden Jahres Eckpunkte für ein Konzept mit unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation am Grünstrand in Travemünde vorzulegen.

Diese ist in der laufenden Saison dadurch gekennzeichnet, dass auf dem Grünstrand zuletzt häufiger Gruppen dadurch auffallen,

*dass gegrillt wird und / oder Zelte errichtet werden,
dabei anfallender Müll einfach liegengelassen wird,
Passanten und Gäste angrenzender Gastronomie-Betriebe bepöbelt und bedroht werden.*

Dem ist entgegenzuwirken.

Es wird darum gebeten,

- 1) an der Aufstellung des Konzeptes mindestens den Kurbetrieb, das Ordnungsamt und das Polizeirevier in Travemünde zu beteiligen.*
- 2) zu prüfen, ob die Erarbeitung und der Erlaß einer eigenen Grünstrand-Satzung erforderlich und geeignet ist, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, auf der den beschriebenen Mißständen abgeholfen werden kann.*
- 3) zu prüfen, ob im Zusammenhang damit auch die bestehende Strandsatzung anzupassen ist.*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Überweisung
auf die Sitzung im Januar zu vertagen.
(14 Ja-Stimmen)*

zu 7 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Mehrere Ausschussmitglieder haben seit ca. 19.00 Uhr keinen Zugriff mehr auf ALLRIS und können daher ihre Sitzungsunterlagen nicht mehr einsehen.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit darum, den Sitzungssaal zu verlassen und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

zu 12 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nicht öffentlichen Teil neunundzwanzig Beschlussvorlagen behandelt worden sind und schließt die Sitzung.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

Lübeck, den 28. November 2018

gez. Ulrich Krause

Ulrich Krause
Vorsitzende/r

gez. Heike Blankenburg

Heike Blankenburg
Protokollführung